



# POLEN-ANALYSEN

[www.laender-analysen.de/polen](http://www.laender-analysen.de/polen)

## DIE REFORMPOLITIK DER REGIERUNG TUSK

- ANALYSE  
Zögerlich reformbereit. Die Wirtschafts-, Finanz- und Sozialpolitik der Regierung von Ministerpräsident Donald Tusk  
Von Reinhold Vetter, Warschau 2
- TABELLEN UND GRAFIKEN  
Wirtschaftsindikatoren: BIP und Arbeitslosigkeit 8  
Ranking: Der »Index of Economic Freedom« 11  
Politbarometer 12

---

- CHRONIK  
Vom 15. April bis zum 05. Mai 2008 18

*Die Herausgeber danken der BSH Bosch und Siemens Hausgeräte GmbH München und dem Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft für ihre Unterstützung.*

**Analyse**

## Zögerlich reformbereit. Die Wirtschafts-, Finanz- und Sozialpolitik der Regierung von Ministerpräsident Donald Tusk

Von Reinhold Vetter, Warschau

### Zusammenfassung

Offenbar geht die Schonzeit für die neue polnische Regierung zu Ende. Der Rücktritt des renommierten Wirtschaftswissenschaftlers Stanisław Gomułka vom Posten des stellvertretenden Finanzministers symbolisiert eine wachsende Kritik von Experten an der zögerlichen Reformbereitschaft der Regierung. Anders als in der Außenpolitik, wo Regierungschef Donald Tusk und seine Minister mutig neue Wege gehen, ist die bisherige Bilanz des Kabinetts auf dem Gebiet der Wirtschafts-, Finanz- und Sozialpolitik eher bescheiden. Zwar kommen nach und nach Gesetzentwürfe und Projekte auf den Tisch, doch fehlt beispielsweise ein überzeugendes Konzept für eine nachhaltige Sanierung der öffentlichen Finanzen. Naturgemäß sind Reformen gerade in diesen sensiblen Bereichen schwierig. In diesem Zusammenhang bestätigt sich der Eindruck, dass die *Bürgerplattform* (*Platforma Obywatelska – PO*) im Herbst letzten Jahres kaum auf die Übernahme der Regierungsverantwortung vorbereitet war. Offenbar werden komplizierte Reformen auch deshalb nicht angepackt, weil Tusk mit Blick auf die Präsidentenwahl 2010 seine Popularität nicht gefährden will. Das ist bedauerlich, schaffen doch die exzellente wirtschaftliche Situation Polens und der große politische Rückhalt für die Regierung in der Bevölkerung gute Ausgangsbedingungen für innovative Arbeit.

### Umfassender Anspruch

Immerhin hat Ministerpräsident Donald Tusk selbst die Messlatte sehr hoch gelegt. Und an diesem Anspruch muss er sich messen lassen, auch wenn er erst fünf Monate im Amt ist. Schon im Wahlkampf hatte Tusk verkündet, dass in Polen ähnlich wie in Irland ein wirtschaftliches Wunder möglich sei. In seiner sehr umfassenden Regierungserklärung vom 23. November 2007 benannte er nahezu alle wichtigen wirtschafts-, finanz- und sozialpolitischen Probleme, die Polen lösen muss. Er verband dies mit dem Anspruch, das zivilisatorische Niveau Polens zu heben und damit auch die Position des Landes im internationalen Umfeld zu stärken. Dabei wurde deutlich, dass Tusk nicht mehr der klassische Danziger Liberale der 1980er Jahre ist, sondern nach einer Synthese zwischen wirtschaftlicher Freiheit und gesellschaftlicher Solidarität sucht.

So kündigte er nicht nur eine Forcierung der Privatisierung, eine Erleichterung unternehmerischer Tätigkeit, die Modernisierung der Infrastruktur, eine partielle Senkung der Steuerbelastung, insbesondere der Unternehmen, und eine Reduzierung der öffentlichen Verschuldung an. Er versprach auch Maßnahmen zur Anhebung der Beschäftigungsquote, die Sanierung des Gesundheitswesens, eine Wissenschaftsreform, die materielle Besserstellung der Lehrer und eine gezielte Förderung der Landwirtschaft. Bei der Übernahme des Euro, betonte Tusk, müssten sowohl die Bedürfnisse der

Privatwirtschaft als auch die der Verbraucher berücksichtigt werden.

Der Ministerpräsident, so schien es, hatte durchaus die Komplexität der notwendigen Reformen im Blick, verzichtete aber darauf, deren inneren Zusammenhang zu erläutern. So ist vernünftige Sozialpolitik nicht denkbar ohne solide Staatsfinanzen, ist die Intensivierung von Forschung und Entwicklung auch ein Teil der Wirtschaftsförderung, dient Bildungspolitik auch der Anpassung des Arbeitsmarktes an die Bedürfnisse der Unternehmen. Zudem wäre es besser gewesen, bei der Vielfalt der Reformaufgaben eindeutige inhaltliche und zeitliche Präferenzen zu setzen. So war schon in der Regierungserklärung der Widerspruch zwischen Anspruch und tatsächlicher Verwirklichung angelegt.

### Günstiges politisches Umfeld

Geht es um die innenpolitischen Voraussetzungen für nachhaltige Reformen, dann agiert das Kabinett von Ministerpräsident Donald Tusk unter derart positiven Bedingungen, wie sie kaum eine Regierung seit dem Systemwechsel vorfand. Der Vorsprung der *Bürgerplattform* von Tusk gegenüber der Partei *Recht und Gerechtigkeit* (*Prawo i Sprawiedliwość – PiS*) der Kaczyńskis bei der Parlamentswahl am 21. Oktober 2007 war eindeutig, die Wahlbeteiligung erreichte den höchsten Wert aller Parlaments- und Präsidentenwahlen sowie Volksabstimmungen nach 1989. Seither genießt die Regie-

rung einen großen Vertrauensvorsprung gerade bei jungen Menschen.

Das zeigen auch die Meinungsumfragen über die Parteipräferenzen der Bürger. Danach kommt die *Bürgerplattform* auf Werte zwischen 50 und 58 %, während *Recht und Gerechtigkeit* Ergebnisse zwischen 20 und 25 % erzielt. Das Wählerpotential der Kaczyńskis ist seit Oktober 2007 um mehr als ein Drittel geschrumpft.

Hinzu kommt die inhaltliche und organisatorische Schwäche der rechten und linken Opposition. Sowohl die Partei *Recht und Gerechtigkeit* als auch die *Demokratische Linksallianz (Sojusz Lewicy Demokratycznej – SLD)* sind in erster Linie mit sich selbst beschäftigt, kämpfen mit Fraktionsbildungen in den eigenen Reihen und haben Vorsitzende, die keine eindeutige Zustimmung der Parteimitglieder genießen. Beide Parteien können parlamentarische Störfeuer inszenieren, bieten aber keine programmatischen Alternativen.

Machtpolitisch kompliziert ist allerdings das Verhältnis zwischen der Regierung von Tusk und Staatspräsident Lech Kaczyński, weil der Präsident Beschlüsse des Sejm mit seinem Veto belegen kann, das wiederum per Drei-Fünftel-Mehrheit zurückgewiesen werden kann. Für eine solche Mehrheit braucht die Koalition auch Stimmen aus der Opposition.

### Gute wirtschaftliche Rahmenbedingungen

Auch wirtschaftlich agiert die neue Regierung in einem günstigen Umfeld, weil die polnische Volkswirtschaft seit einigen Jahren Wachstumsraten erzielt, von denen die »Altmitglieder« der EU im Westen nur träumen können. Wuchs das Bruttoinlandsprodukt (BIP) in den Jahren 2006 und 2007 um 6,2 beziehungsweise 6,5 %, so erwarten Wirtschaftsforscher im In- und Ausland für 2008 einen Zuwachs von etwa 5,5 %. Die wichtigsten Motoren der guten Konjunktur sind die starke Binnenfrage, also die Investitionen und der private Verbrauch, sowie der Export. Polnische Produkte gewinnen an technologischer Qualität und damit Attraktivität auf den Weltmärkten, der starke Zloty ist für die meisten polnischen Unternehmen kein wichtiges Exporthindernis. Auch der hohe Zufluss ausländischer Direktinvestitionen nach Polen hält an. Das Wirtschaftswachstum lässt das Steueraufkommen anwachsen und trägt auch zur Senkung der Arbeitslosigkeit bei, wenngleich die strukturellen Probleme auf dem Arbeitsmarkt weiter auf eine Lösung warten.

Dass die Einbindung in die globalen Märkte auch Risiken birgt, zeigte sich bei der internationalen Immobilien- und Finanzkrise, die besonders die polnischen Banken und die Warschauer Börse in Mitleidenschaft zog. Der Marktwert aller börsennotierten Gesellschaften sank zwischenzeitlich um etwa 50 Milliarden Zloty. Für die polnischen Banken ist es seither schwieriger

geworden, sich auf dem Interbankenmarkt zu refinanzieren. Sollte sich die Krise in den USA zu einer handfesten Rezession ausweiten und damit auch die Volkswirtschaften in Westeuropa beeinflussen, kann dies perspektivisch auch den polnischen Außenhandel beeinträchtigen.

Mit ihrem aktualisierten Konvergenzprogramm für die Jahre 2008 bis 2010 hat sich die Regierung ehrgeizige makroökonomische Ziele gesetzt, deren Verwirklichung stabile Rahmenbedingungen für wirtschaftliche Tätigkeit schaffen kann. Das Finanzministerium, das für das Programm verantwortlich zeichnet, geht davon aus, dass das jährliche Wirtschaftswachstum auf einem Niveau von mindestens 5 % bleiben und es gelingen wird, das Defizit im Staatshaushalt von gut 2 % des BIP zum Jahresende 2007 auf 1 % oder weniger im Jahr 2011 zu senken. Außerdem ist vorgesehen, die gesamte öffentliche Verschuldung von 48 auf 42 % zu reduzieren.

Renommierete polnische Ökonomen wie Janusz Jankowiak vom Unternehmerverband *Business Center Club* sehen diese Ziele mit einer gewissen Skepsis. Sie vermuten, dass das Wachstum und damit die Steuereinnahmen geringer ausfallen werden und es daher schwierig sein dürfte, das Defizitziel zu erreichen. Ähnlich skeptisch sind der EU-Rat der Finanzminister (*Ecofin*) und die EU-Kommission, die davon ausgeht, dass das Defizit in diesem Jahr auf 3,2 % ansteigen könnte. Der entsprechende Maastricht-Grenzwert der EU liegt bei 3 %.

Da auch die Inflation wieder anzieht und zum Ende des ersten Quartals 2008 4,2 % erreichte, was ebenfalls nicht den Maßstäben von Maastricht entspricht, ist es nicht weiter verwunderlich, dass sich die Regierung beharrlich weigert, ein Zieldatum für die Übernahme des Euro zu nennen. Finanzminister Jan Vincent-Rostowski geht sogar davon aus, dass es bis zum Ende der laufenden Legislaturperiode nicht zur Formulierung eines solchen Datums kommen wird.

### Reform der öffentlichen Finanzen ungewiss

Das Manko des Konvergenzprogramms besteht aber vor allem darin, dass nicht genauer ausgeführt wird, mit welchen Mitteln das Defizit im Staatshaushalt gesenkt werden soll. Das betrifft besonders die seit langem notwendige durchgreifende Reform der öffentlichen Finanzen. Gerade in diesem Zusammenhang ist der Rücktritt von Stanisław Gomułka bedauerlich, hatte er doch die Aufgabe übernommen, ein Konzept für eine solche Reform vorzulegen. Aber Gomułka spürte, dass er bei Ministerpräsident Donald Tusk keinen politischen Rückhalt für die Verwirklichung eines solchen Konzepts genoss. Auch Finanzminister Rostowski ließ bislang keine Bereitschaft für eine durchgreifende Reform erkennen.

Das Problem des zentralen Staatshaushalts und anderer öffentlicher Haushalte besteht vor allem darin, dass ihre Ausgabenseite sehr stark von festen, jährlich wiederkehrenden und damit quasi »institutionalisierten« Ausgaben dominiert wird. Das gilt für die Zuwendungen an Regierungsagenturen und andere, in der Regel unproduktiv arbeitende zentrale Instanzen sowie an die verschiedenen sozialen Systeme. An anderer Stelle wird davon noch die Rede sein. Wirtschafts- und Finanzwissenschaftler wie Jerzy Osiatyński und Witold Orłowski fordern dagegen, die Haushaltsausgaben stärker an sehr konkreten Aufgaben und Zielen auszurichten, um dadurch die Budgets überschaubarer und flexibler zu machen. Und diese Ziele, so meinen sie, müssten aus den strategisch wichtigsten Herausforderungen des Landes abgeleitet werden: der Förderung eines nachhaltigen Wirtschaftswachstums, der stärkeren Ausrichtung der Wissenschaft auf *research and development*, der Modernisierung der Infrastruktur und der Reform der Sozialsysteme. Die Säuberung der Haushalte von »steifen«, wenig produktiven Ausgaben würde gerade auch für die Sozialpolitik mehr finanziellen Spielraum eröffnen.

Immerhin zeichnen sich erste Schritte für eine Reform des polnischen Steuersystems ab. Finanzminister Rostowski kündigte an, dass die Einkommenssteuer für natürliche Personen (*Podatek dochodowy od osób fizycznych, Personal Income Tax – PIT*) ab 2009 nur noch 18 und 32 % betragen werde, während bislang drei Sätze von 19, 30 und 40 % gelten. Der Minister ist auch Anhänger eines linearen Steuersatzes (*flat tax*) für die wichtigsten direkten Steuern, sieht aber keine Chance für dessen Verwirklichung vor 2010/11. Der Grund dafür dürfte im Widerspruch zwischen den Koalitionspartnern liegen. Während die *Bürgerplattform* für die lineare Steuer eintritt, wird sie von der *Polnischen Bauernpartei (Polskie Stronnictwo Ludowe – PSL)* abgelehnt.

Ein durchgreifendes Konzept für eine Vereinfachung des reichlich komplizierten polnischen Steuersystems ist also vorerst nicht abzusehen. Immerhin gehören zu diesem System insbesondere eine Mehrwertsteuer mit vier Sätzen, Immobilien- und Erbschaftssteuern sowie diverse indirekte Steuern (*Akcyza*) unter anderem auf Alkohol, Tabak, Strom und Benzin. Wenigstens gilt bei der Körperschaftssteuer für juristische Personen (*Podatek dochodowy od osób prawnych, Corporate Income Tax – CIT*) nur noch ein einheitlicher Satz von 19 %. Gerade Gomułka war derjenige, der versuchte, die Regierung auf eine Vereinfachung des Systems festzulegen.

### **Große Pläne für die Privatisierung**

In den Jahren 2005 bis 2007, als *Recht und Gerechtigkeit* von Jarosław Kaczyński die Regierungsgeschäfte

führte, war die Privatisierung praktisch zum Erliegen gekommen. Demgegenüber bemüht sich die neue Regierung, wieder mehr Schwung in die Entstaatlichung zu bringen. So verabschiedete das mit Wirtschaftsfragen betraute ständige Komitee des Ministerrates einen Plan des Schatzministeriums, der die Privatisierung oder Teilprivatisierung von 740 Unternehmen in den Jahren 2008 bis 2014 vorsieht. An erster Stelle steht die Betreibergesellschaft der Warschauer Börse, deren Anteile sowohl an einen strategischen Investor als auch an Kleinanleger gehen sollen. Auch für die staatlichen Anteile an einigen Banken wie PKO BP, Pekao SA, Citi Bank Handlowy SA und Bank Zachodni / Wielkopolski Bank Kredytowy SA werden Käufer gesucht. Auf der Liste stehen außerdem Chemiebetriebe, Raffinerien, Steinkohlezechen und Kokereien. Schatzminister Aleksander Grad erwartet Privatisierungseinnahmen von etwa 30 Mrd. Zloty.

Unter dem Druck der mitregierenden *Bauernpartei* wurde allerdings eine ganze Reihe großer Unternehmen nicht in die Privatisierungsliste aufgenommen. Dazu zählen insbesondere die Ölkonzerne PKN Orlen und Lotus, der Kupferproduzent KGHM Polska Miedź, der staatliche Gasverteiler PGNiG, Telewizja Polska und Polskie Radio sowie die Presseagentur PAP.

Bislang ist auch kein einziges der insgesamt 740 Privatisierungsverfahren eingeleitet worden. Den Erklärungen von Kabinettsmitgliedern und Vertretern des Schatz- sowie des Wirtschaftsministeriums ist zu entnehmen, dass für die Regierung die Privatisierung an der Börse Vorrang vor dem Verkauf größerer Aktienpakete an strategische Investoren hat, was bei sich kritisch äußernden Ökonomen wie dem früheren Finanzminister und Nationalbankpräsidenten Leszek Balcerowicz auf große Vorbehalte stößt.

Immerhin arbeitet das Schatzministerium an einer Novelle zum Kommerzialisierungs- und Privatisierungsgesetz, durch die der ganze Privatisierungsprozess stark beschleunigt werden soll. Dabei geht es insbesondere um Planung und Abstimmung in den Ministerien, den Abbau verfahrensrechtlicher und anderer juristischer Hürden und mehr Transparenz der Privatisierungsverfahren.

### **Mehr Freiraum für unternehmerische Tätigkeit**

Schon in der öffentlichen Debatte vor der Parlamentswahl im Oktober 2007 hatte die *Bürgerplattform* von Donald Tusk angekündigt, dass sie nach einer Regierungsübernahme durch die Vereinfachung von Gesetzen und den Abbau bürokratischer Hürden mehr Spielraum für private Unternehmertätigkeit schaffen wolle. Inzwischen gibt es eine ganze Reihe entsprechender Gesetzentwürfe, die zum Teil schon im Sejm beraten

werden, sowie auch verschiedene Regierungsvorlagen und Projekte in den Ministerien. Treibende Kraft dieser Bemühungen ist der stellvertretende Wirtschaftsminister Adam Szejnfeld.

Die geplanten Änderungen betreffen insbesondere das Gesetz über freie wirtschaftliche Tätigkeit, das Devisenrecht, das bürgerliche Gesetzbuch (*Kodeks Cywilny*), das Handelsrecht und das Arbeitsrecht. So will man Unternehmensgründungen erleichtern und die Buchführung vereinfachen sowie eine stärkere Rechnungslegung in Euro ermöglichen. Neben Unternehmen aus der Europäischen Union und der EFTA sollen künftig Firmen aus der Schweiz und anderen Ländern ohne Gründung polnischer Tochterunternehmen Dienstleistungen in Polen anbieten können. Szejnfeld plant auch eine Vereinfachung des Konkursrechts. Außerdem will er gerade im Vorfeld der Fußball-Europameisterschaft 2012, die in Polen und der Ukraine stattfinden wird, das unternehmerische Prinzip der *Public Private Partnership* stärker fördern. Zu diesem Zweck soll auch das Gesetz über die Vergabe von Konzessionen geändert werden. Schließlich ist geplant, die Gültigkeitsdauer von Sonderwirtschaftszonen zu verlängern.

Szejnfeld weiß außerdem nur zu gut, dass er dem bürokratischen Unwesen der insgesamt 47 staatlichen Agenturen und Inspektionen, die unternehmerische Tätigkeit kontrollieren, ein Ende setzen muss. Diese Instanzen befassen sich unter anderem mit dem Umweltschutz, den Arbeitsbedingungen, der Abfallverwertung und der Nutzung öffentlicher Verkehrswege durch Transportfahrzeuge privater Unternehmen. Bei der Reform geht es nicht darum, umweltschonende oder soziale Standards zu lockern, sondern einige wenige, wahrscheinlich branchenmäßig gegliederte Organe zu schaffen, die koordiniert die gesamte Palette der notwendigen Kontrollen abdecken können.

Szejnfeld und andere Minister beziehungsweise Politiker der *Bürgerplattform* beklagen sich zu Recht über die äußerst schleppende legislative Arbeit im Sejm. Die Abgeordneten tragen also hauptsächlich die Verantwortung dafür, welche von all diesen wichtigen Projekten wie schnell realisiert werden.

### **Reform der sozialen Systeme erst am Anfang**

Das Schicksal der Regierung von Ministerpräsident Donald Tusk bei der nächsten Parlamentswahl wird nicht zuletzt von ihrer sozialpolitischen Handlungsfähigkeit abhängen. Da seit den Reformen der späten 1990er Jahre auf dem Gebiet der Gesundheits-, Renten- und Arbeitsmarktpolitik kaum etwas geschehen ist, besteht hier großer Handlungsbedarf. Gerade die Sozial- und Bildungspolitik ist ein Prüfstein dafür, ob eine Regierung Haushaltsmittel gezielt und produktiv

einsetzt, die Fähigkeiten der Menschen fördert und freisetzt und ihre soziale Verantwortung vor allem gegenüber den besonders Bedürftigen wahrnimmt.

So hat die Regierung unter Federführung von Berater Michał Boni und Gesundheitsministerin Ewa Kopacz eine ganze Reihe von Gesetzesprojekten und anderen Initiativen auf den Weg gebracht, die aber allesamt noch beraten werden und damit auch nicht im Sejm verabschiedet wurden. Gegenstand dieser Projekte sind insbesondere die Erhöhung der staatlichen Ausgaben für das Gesundheitswesen, die Sanierung und teilweise auch Privatisierung der öffentlichen Krankenhäuser, die genauere Definition ärztlicher Leistungen, die Formulierung einer Liste der wichtigsten Medikamente, die Aufspaltung der zentralen Gesundheitsfonds in regionale Gesellschaften und die Zulassung privater Krankenversicherungen.

Beratungen mit Wissenschaftlern, Vertretern von Standesorganisationen und Gewerkschaften haben allerdings ergeben, dass ein Teil der Projekte zu Recht sehr kritisch gesehen wird und der Überarbeitung bedarf. So wird es der Regierung schwer fallen, rasch erste Reformgesetze für das Gesundheitswesen vorweisen zu können.

Auch im Bereich der Rentenversicherung häufen sich die Probleme vor allem im staatlichen Sektor, also bei den aus Umlagen finanzierten Renten, die 90 % aller alten Menschen erhalten. Die Alterung der Gesellschaft, der hohe Anteil an Frühpensionären sowie die immer noch relativ hohe Arbeitslosigkeit sorgen für eine wachsende Belastung dieses Systems. Da das Beitragsaufkommen allein nicht mehr ausreicht, muss der Staat zunehmend Haushaltsmittel bereitstellen.

Immerhin haben der Beraterstab von Ministerpräsident Donald Tusk und das Finanzministerium das »Programm 50 +« ausgearbeitet, das der grassierenden Frühberentung entgegenwirken und die Wiedereingliederung älterer Menschen ins Arbeitsleben erleichtern soll. Auch die dringend notwendige Reform der Sozialversicherung der Bauern (*Kasa Rolniczego Ubezpieczenia Społecznego – KRUS*) wird diskutiert. Gerade diese Reform dürfte nicht einfach werden, weil sie auf Widerstand bei der *Bauernpartei* von Wirtschaftsminister Waldemar Pawlak stößt.

Andere notwendige Reformen wie die Angleichung des Rentenalters und der Rentenhöhe von Männern und Frauen, die bessere Anpassung der Renten an die Entwicklung der Einkommen und der Lebenshaltungskosten, die Reduzierung des im OECD-Vergleich sehr hohen Bestandes an Invalidenrenten sowie die Schaffung einer Pflegeversicherung für die Rentner stehen bislang nicht auf der Agenda der Regierung.

Außer dem »Programm 50 +« gibt es bisher keine weiteren Initiativen des Kabinetts im Bereich der Arbeitsmarktpolitik. Das aber ist dringend geraten, da

der Arbeitsmarkt zu den schwächsten Gliedern der polnischen Volkswirtschaft gehört. Diese Schwäche manifestiert sich nicht nur durch die sehr niedrige Erwerbsquote von 55 % (69 % im Durchschnitt der EU-15), sondern auch durch ein erhebliches Maß an Schwarzarbeit und die immer noch vergleichsweise hohe Arbeitslosigkeit.

Wissenschaftler sind sich darin einig, dass die Höhe der Arbeitslosigkeit nur zu einem geringeren Teil von den Schwankungen der Konjunktur abhängig ist. Bedeutsamer sind strukturelle Faktoren, zu denen insbesondere Disparitäten zwischen den Erfordernissen des Arbeitsmarktes und der Ausbildung vieler Arbeitskräfte, die eingeschränkte Mobilität eines Teils der Arbeitnehmerschaft, die hohen Lohnnebenkosten und die Schwächen der Arbeitsverwaltung zählen.

Gerade auch Letzteres dürfte nicht von heute auf morgen behoben werden können. Denn die diesbezüglichen vom Staat bereitgestellten Mittel sind im Vergleich zu westlichen EU-Staaten äußerst gering. Und auch die Ausbildung einer ausreichenden Anzahl qualifizierter Mitarbeiter der Arbeitsämter braucht Zeit.

Wirtschaftlich sehr bedeutsam ist zudem der Plan für eine umfassende Wissenschaftsreform bis 2015 (*Strategia Rozwoju Nauki w Polsce do 2015 Roku*), den die zuständige Ministerin Barbara Kudrycka mit starker politischer Rückendeckung durch Ministerpräsident Donald Tusk in die Diskussion gebracht hat. Das Papier basiert auf der Expertise einer 30köpfigen Wissenschaftlerkommission. Es benennt alle wesentlichen Defizite des heutigen Wissenschaftsbetriebs in Polen, die auf der Basis einer genauen Kenntnis der EU-Dokumente zur Gestaltung des »Lissabon-Prozesses« formuliert wurden:

- die sehr niedrigen Ausgaben für die Wissenschaft gemessen am BIP;
- den äußerst geringen Anteil der privaten Wirtschaft an Wissenschaft und Forschung;
- die untergeordnete Bedeutung von zielgebundener Forschung und Entwicklung (*research and development*);
- die Schwerfälligkeit der staatlichen Wissenschaftsverwaltung;
- den mangelnden Wettbewerb zur Erlangung staatlicher Forschungsgelder;
- die institutionellen und mentalen Hürden für eine zügige Karriere qualifizierter Wissenschaftler.

Der Klarheit dieser Analyse entsprechen die mutigen strategischen Ziele, die Tusk und Kudrycka daraus ableiten. Sie wollen insbesondere das Niveau von Forschung und Lehre an den Universitäten anheben, die Forschung mehr auf die Bedürfnisse der Wirtschaft ausrichten, disziplinübergreifende Forschung fördern, die Kriterien für die Erlangung akademischer Titel verschärfen, akademi-

sche Karrieren beschleunigen sowie privatwirtschaftliche Forschung und Entwicklung stärker auch mit staatlichen Geldern unterstützen.

Doch der Plan hat ein entscheidendes Manko. Die Autoren unterscheiden nicht zwischen den umfassenden strategischen Herausforderungen, vor denen Polen langfristig steht, und den Aufgaben, die das Land in den kommenden Jahren erfüllen könnte. Die Vision ist klar, aber die Konzentration auf das Wesentliche, das bis zum Ende der laufenden Legislaturperiode erfüllbar wäre, fehlt. So ist es auch nicht verwunderlich, dass dem Plan beträchtlicher Widerstand aus dem wissenschaftlichen Milieu entgegenschlägt. Nicht sehr klug war es auch, dass die Ministerin den Plan ihrer Expertengruppe an die Öffentlichkeit gab, ohne das Dokument vorher intensiv mit breiteren wissenschaftlichen Kreisen beraten zu haben.

### Fazit

Seit ihrem Amtsantritt vor knapp einem halben Jahr hat die Regierung von Ministerpräsident Donald Tusk eine Reihe wichtiger Reforminitiativen ergriffen. Es wäre also falsch, ihr jedweden Reformwillen abzusprechen, wie dies einige ihrer schärfsten Kritiker tun. Bislang jedoch hat keines der Regierungsprojekte Gesetzeskraft erlangt. Vielfach bemüht sich das Kabinett, Änderungen auf administrativem Wege zu bewirken, um ein mögliches Veto von Staatspräsident Lech Kaczyński gegen Gesetze zu umgehen. Vor allem aber ist der Regierung noch kein »großer Wurf«, wie etwa ein durchdachtes Konzept zur nachhaltigen Sanierung der öffentlichen Finanzen, gelungen.

Die bisherige Arbeit der Regierung hat auch deutlich gemacht, dass die *Bürgerplattform* als Seniorpartner der Koalition kaum auf die Übernahme der Regierung vorbereitet war. Noch zwei Wochen vor der Parlamentswahl am 21. Oktober 2007 hatte sie kaum an ihren Sieg geglaubt. Lediglich einige wenige Minister oder stellvertretende Ressortleiter wie Adam Szejnfeld, die schon vorher im Sejm auf ihrem Fachgebiet tätig waren, zeigten sich in der Lage, relativ zügig die Reformarbeit einzuleiten. Und in der Regel gehen die Minister der *Bürgerplattform* entschlossener ans Werk als die der *Bauernpartei*.

Das nicht sehr hohe Tempo der Reformarbeit dürfte auch mit dem Regierungsstil von Donald Tusk zusammenhängen. Er bemüht sich um ein ruhiges, moderates Vorgehen, sucht Ausgleich und Kompromisse, anders als sein Vorgänger Jarosław Kaczyński, der ständig Konflikte anzettelte und dadurch extrem polarisierte. Die renommierten Publizisten Mariusz Janicki und Wiesław Władysław konstatierten einmal, dass sich die Regierung Tusk auch dadurch auszeichne, dass sie bestimmte Dinge – im Gegensatz zu Kaczyńskis Kabi-

nett – eben nicht tue, nämlich das Verfassungsgericht angreifen, das Institut des Nationalen Gedenkens (*Instytut Pamięci Narodowej – IPN*) politisch instrumentalisieren und ganze Berufsgruppen wie die Ärzte pauschal verurteilen. Gerade in der Wirtschafts-, Finanz- und Sozialpolitik sucht Tusk nach einem Weg, der den bisher Benachteiligten neue Chancen eröffnet, ohne die Position derer zu beeinträchtigen, die schon jetzt von der marktwirtschaftlichen Demokratie profitieren.

Natürlich werden in der Regierung wirklich »heiße Eisen« auch deshalb nicht angepackt, weil Tusk offenbar die nächste Wahl zum polnischen Staatspräsidenten gewinnen will und deshalb sehr stark auf seine Popularität bedacht ist. Harte, aber notwendige Reformen, etwa im sozialen Sektor, die zunächst mit Einschnitten verbunden wären, bevor sie sich längerfristig als fruchtbar erweisen, sind deshalb nicht angesagt. Der Wahlkampf für die Präsidentenwahl 2010 hat also schon begonnen. Und in der *Bürgerplattform* wird schon die Frage diskutiert, wer die Führung der Partei übernehmen wird, sollte Tusk ins Präsidentenpalais wechseln.

Vor diesem Hintergrund wird auch verständlich, warum konsequente Reformer wie Stanisław Gomulka eher nicht ins Kabinett und in die Ministerien passen. Angesagt sind stattdessen Amtsinhaber wie Finanzminister Jan Vincent-Rostowski, die fachlich sehr versiert, aber politisch wenig durchsetzungsfähig sind bezie-

hungsweise keine entsprechende Hausmacht haben und deshalb die politischen Kreise von Ministerpräsident Donald Tusk sowie seiner engsten Berater rund um Michał Boni nicht weiter stören. Amtsinhaber wie Rostowski und auch Wissenschaftsministerin Barbara Kudrycka, Bildungsministerin Katarzyna Hall und Infrastrukturminister Cezary Grabarczyk lassen sich auch leichter durch Nachfolger ersetzen. Und einige von ihnen wird dieses Schicksal wohl auch bald ereilen. Der Rücktritt von Gomulka hat die Regierung nicht erschüttert, war aber doch ein wichtiges Warnsignal.

So lässt sich schon jetzt guten Gewissens prophezeien, dass die Regierung von Donald Tusk keine »Wunder à la Irland« vollbringen wird. Aber sie sollte sich auch darüber im Klaren sein, dass sie ihrem Land nicht hilft, möglichst schnell gegenüber dem Westen aufzuholen, wenn sie Wirtschaft und Technologieentwicklung, Infrastruktur und öffentliche Finanzen sowie die sozialen Systeme nicht stärker auf die Zukunft ausrichtet und damit auch resistenter gegenüber globalen Einflüssen macht.

Offenbar sind »große Entwürfe« hauptsächlich in Zeiten wichtiger Umbrüche oder nur in bestimmten politischen Situationen möglich. 1989/90 war das so, als Leszek Balcerowicz seine berühmten Reformen auf den Weg brachte. Solche Zeiten herrschen heute in Polen nicht.

#### *Über den Autor*

Reinhold Vetter, Ingenieur und Politologe, arbeitet in Warschau als Korrespondent des *Handelsblatt* für Ostmittel- und Südosteuropa. Bis 1994 war er Polen-Korrespondent des ARD-Hörfunks. Seine Beiträge erscheinen auch in *Neue Zürcher Zeitung*, *Osteuropa*, *Südosteuropa* und *Internationale Politik*.

**Tabellen und Grafiken**

## Wirtschaftsindikatoren: BIP und Arbeitslosigkeit

Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts (BIP) 2000–2007

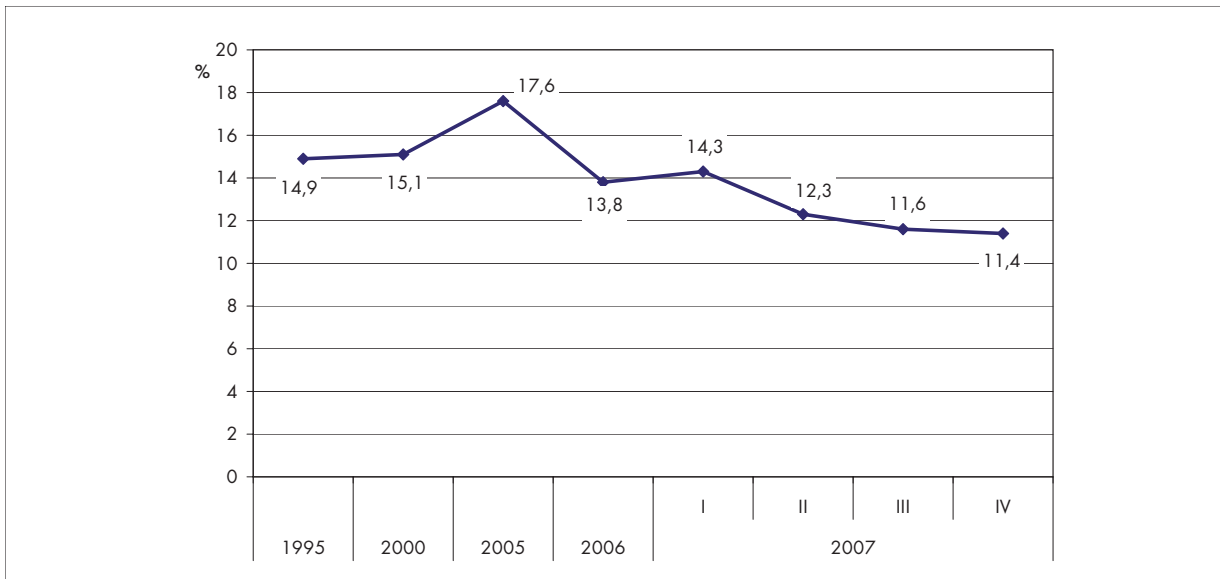


	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007
BIP	+4,3	+1,2	+1,4	+3,9	+5,3	+3,6	+6,2	+6,5
Darunter:								
Mehrwert brutto	+4,0	+1,3	+1,3	+3,6	+5,2	+3,3	+6,0	+6,6
Darunter:								
Industrie	+6,3	-0,7	-0,5	+7,8	+10,5	+3,5	+10,0	+7,7
Bauwesen	-0,4	-7,5	-9,0	-2,9	+1,8	+7,8	+12,5	+15,6
Dienstleistungen	+4,6	+2,5	+3,3	+2,5	+4,2	+3,6	+5,3	+6,9

Quelle: Główny Urząd Statystyczny (GUS) [Statistisches Hauptamt]: Dynamika realna produktu krajowego brutto w latach 2000–2007. [Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts 2000–2007.], [www.stat.gov.pl](http://www.stat.gov.pl).

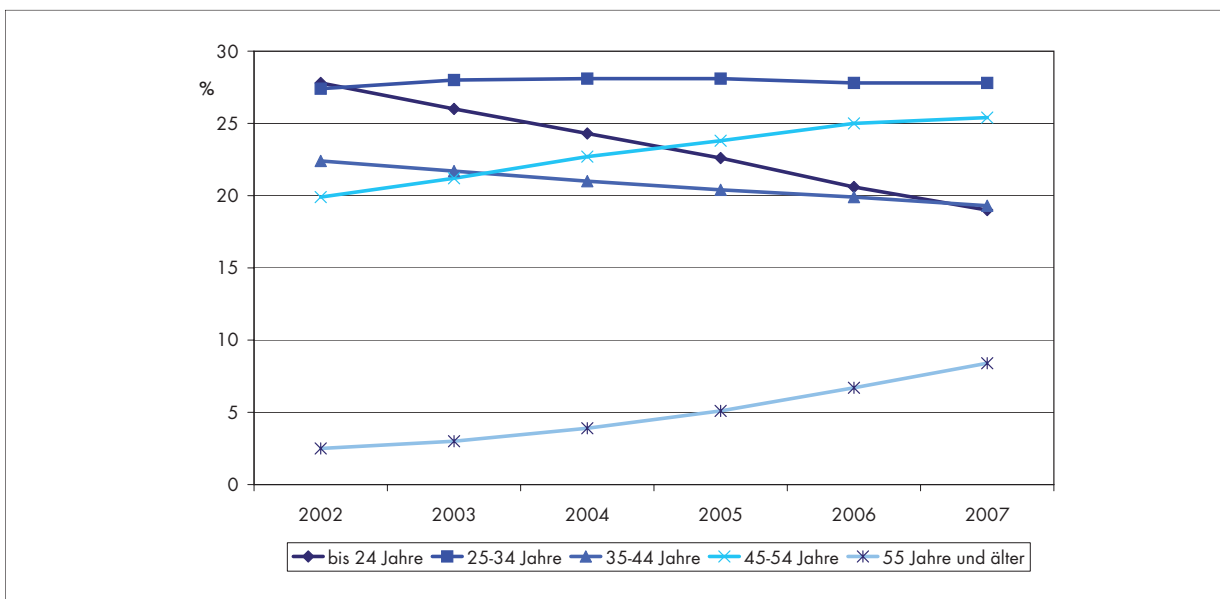


**Arbeitslosenquote (%)**



Quelle: Główny Urząd Statystyczny (GUS) [Statistisches Hauptamt]: Bezrobocie rejestrowane I–IV kwartał 2007r. [Die registrierte Arbeitslosigkeit, I.–IV. Quartal 2007.], Warszawa 2008, [www.stat.gov.pl](http://www.stat.gov.pl) und Główny Urząd Statystyczny (GUS) [Statistisches Hauptamt]: Rocznik Statystyczny Rzeczypospolitej Polskiej 2007 [Statistisches Jahrbuch der Republik Polen 2007]: Rynek pracy [Der Arbeitsmarkt], Warszawa 2007.

**Die Altersstruktur der Arbeitslosen (%)**

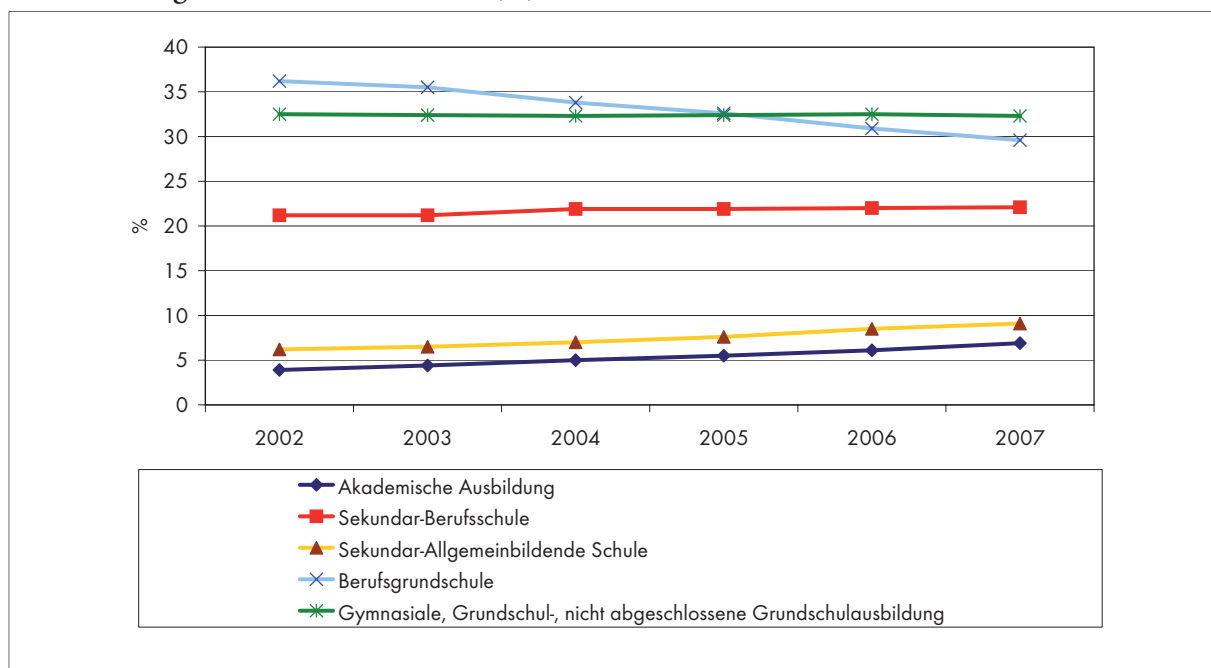


	2002	2003	2004	2005	2006	2007
bis 24 Jahre	27,8	26,0	24,3	22,6	20,6	19,0
25–34 Jahre	27,4	28,0	28,1	28,1	27,8	27,8
35–44 Jahre	22,4	21,7	21,0	20,4	19,9	19,3
45–54 Jahre	19,9	21,2	22,7	23,8	25,0	25,4
55 Jahre und älter	2,5	3,0	3,9	5,1	6,7	8,4

Die Angaben beziehen sich jeweils auf das IV. Quartal.

Quelle: Główny Urząd Statystyczny (GUS) [Statistisches Hauptamt]: Bezrobocie rejestrowane I–IV kwartał 2007r. [Die registrierte Arbeitslosigkeit, I.–IV. Quartal 2007.], Warszawa 2008, [www.stat.gov.pl](http://www.stat.gov.pl)

Die Ausbildungsstruktur der Arbeitslosen (%)



	2002	2003	2004	2005	2006	2007
Akademische Ausbildung	3,9	4,4	5,0	5,5	6,1	6,9
Sekundar-Berufsschule	21,2	21,2	21,9	21,9	22,0	22,1
Sekundar-Allgemeinbildende Schule	6,2	6,5	7,0	7,6	8,5	9,1
Berufsgrundschule	36,2	35,5	33,8	32,6	30,9	29,6
Gymnasiale, Grundschul-, nicht abgeschlossene Grundschulausbildung	32,5	32,4	32,3	32,4	32,5	32,3

Die Angaben beziehen sich jeweils auf das IV. Quartal.

Quelle: Główny Urząd Statystyczny (GUS) [Statistisches Hauptamt]: Bezrobocie rejestrowane I–IV kwartał 2007r. [Die registrierte Arbeitslosigkeit, I.–IV. Quartal 2007.], Warszawa 2008, [www.stat.gov.pl](http://www.stat.gov.pl)

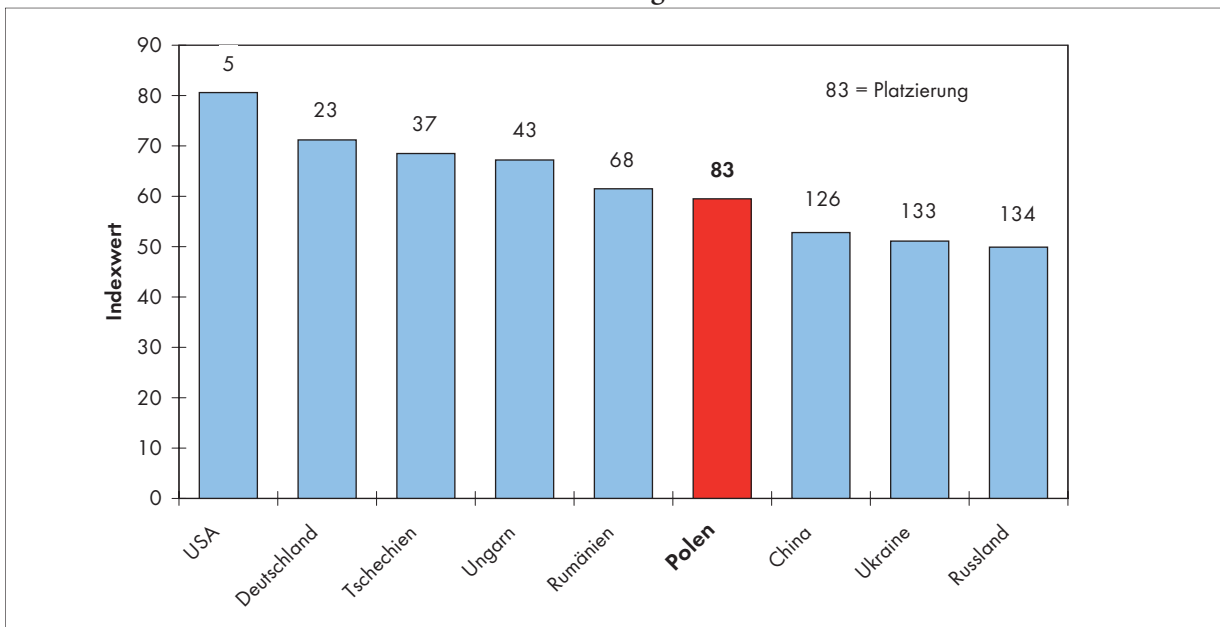
## Ranking: Der »Index of Economic Freedom«

Erstellt von: Heritage Foundation und Wall Street Journal  
 Indexwerte beziehen sich jeweils auf das Vorjahr.  
 Internetadresse: [www.heritage.org/research/features/index/index.cfm](http://www.heritage.org/research/features/index/index.cfm)

### Kurzbeschreibung:

Die Indexbildung ist 2007 überarbeitet worden. Der »Index of Economic Freedom« bewertet nun jeweils über ausgewählte statistische Indikatoren und Indizes zehn Wirtschaftsbereiche: Geschäftsumfeld (staatliche Regulierung grundlegender unternehmerischer Tätigkeiten), Handel, Steuern, Staatseinmischung (direkte staatliche Wirtschaftsaktivität), Geldpolitik, Investitionen, Banksystem, Eigentumsrechte, Freiheit von Korruption, Arbeitsmarkt. Die Bewertung aller Indikatoren erfolgt auf einer Skala von 0 bis 100, wobei 100 die bestmögliche Bewertung darstellt. Der Indexwert wird als einfacher Durchschnitt der zehn Indikatorenwerte gebildet.

### Index of Economic Freedom: Indexwerte und Platzierungen 2008

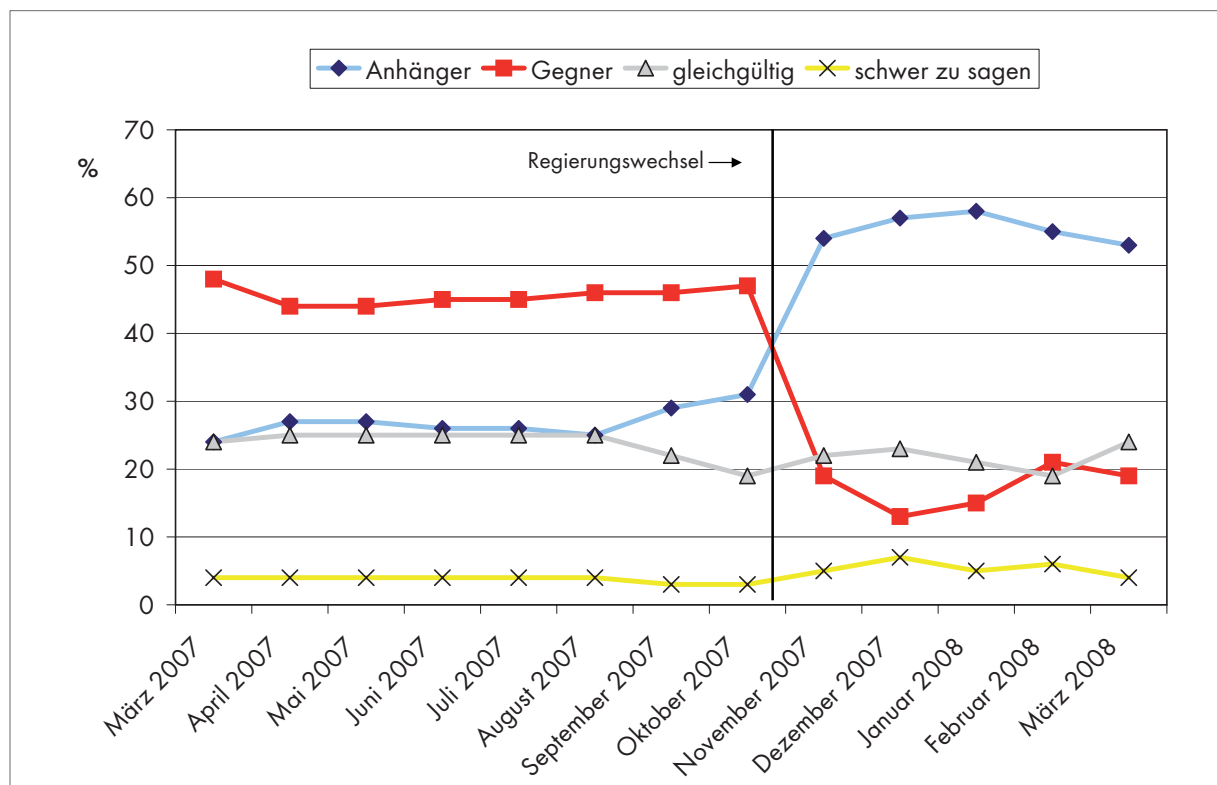


### Index of Economic Freedom: Einzelwerte 2008 (für das Jahr 2007)

	USA	Deutschland	Tschechien	Ungarn	Rumänien	Polen	China	Ukraine	Russland
<b>Platzierung</b>	<b>5</b>	<b>23</b>	<b>37</b>	<b>43</b>	<b>68</b>	<b>83</b>	<b>126</b>	<b>133</b>	<b>134</b>
Geschäftsumfeld	91,7	88,9	63,9	73,9	74,1	54,1	50,0	44,3	52,8
Handel	86,8	86,0	86,0	86,0	86,0	86,0	70,2	82,2	44,2
Steuern	68,3	58,4	71,3	70,0	85,6	68,6	66,4	79,0	79,2
Staatseinmischung	59,8	34,0	45,6	26,5	70,8	43,5	89,7	43,0	69,5
Geldpolitik	83,7	81,4	80,3	77,2	72,5	82,3	76,5	69,9	64,4
Investitionen	80	80	70	80	60	60	30	30	30
Banksystem	80	60	80	70	50	60	30	50	40
Eigentumsrechte	90	90	70	70	30	50	20	30	30
Korruption	73	80	48	52	31	37	33	28	25
Arbeitsmarkt	92,3	52,8	70,2	66,8	55,3	53,5	62,4	54,3	64,2
<b>Gesamtwert</b>	<b>80,6</b>	<b>71,2</b>	<b>68,5</b>	<b>67,2</b>	<b>61,5</b>	<b>59,5</b>	<b>52,8</b>	<b>51,1</b>	<b>49,9</b>

## Politbarometer

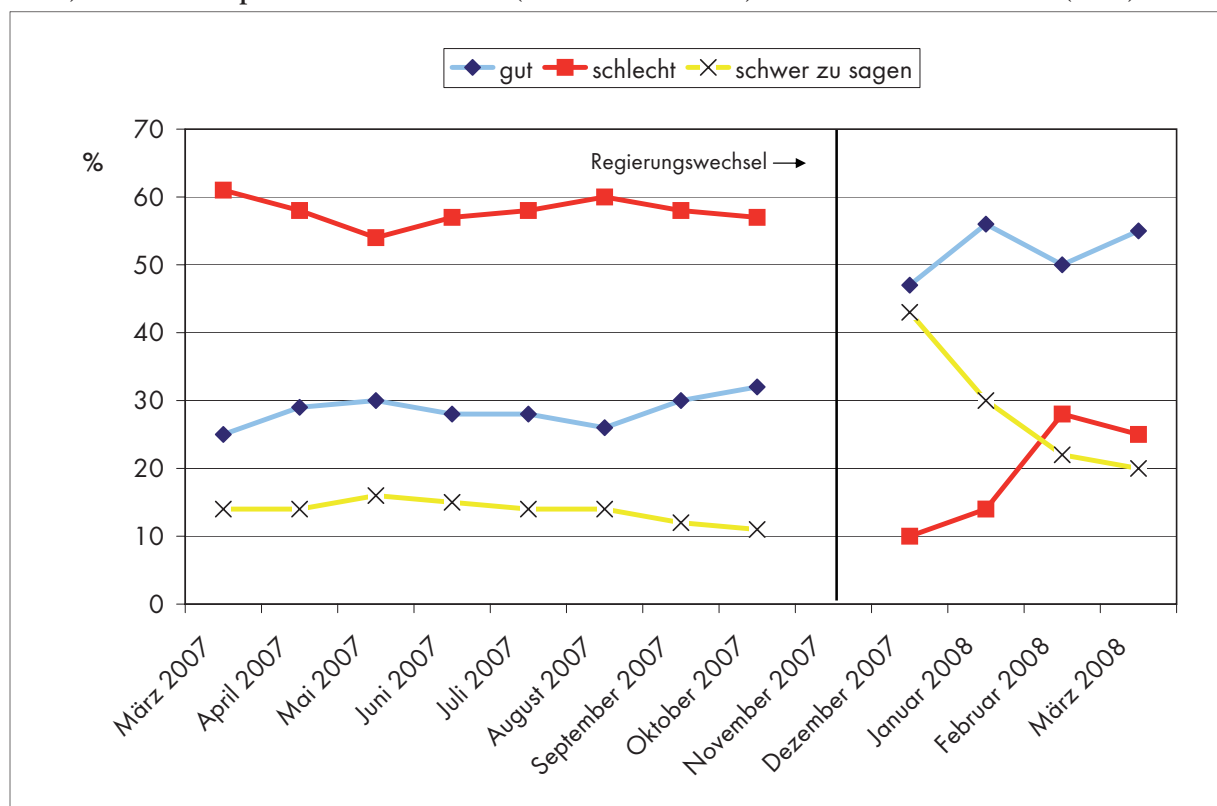
Die Einstellung zur Regierung (bis Oktober 2007 von Ministerpräsident Jarosław Kaczyński, ab November 2007 von Ministerpräsident Donald Tusk) in %



	März 2007	April 2007	Mai 2007	Juni 2007	Juli 2007	Aug. 2007	Sept. 2007	Okt. 2007	Nov. 2007	Dez. 2007	Jan. 2008	Feb. 2008	März 2008
Anhänger	24	27	27	26	26	25	29	31	54	57	58	55	53
Gegner	48	44	44	45	45	46	46	47	19	13	15	21	19
gleichgültig	24	25	25	25	25	25	22	19	22	23	21	19	24
schwer zu sagen	4	4	4	4	4	4	3	3	5	7	5	6	4

Quelle: CBOS, BS/49/2008: Stosunek do rządu w marcu. [Die Einstellung zur Regierung im März.], Warszawa, 03/2008, [www.cbos.pl](http://www.cbos.pl)

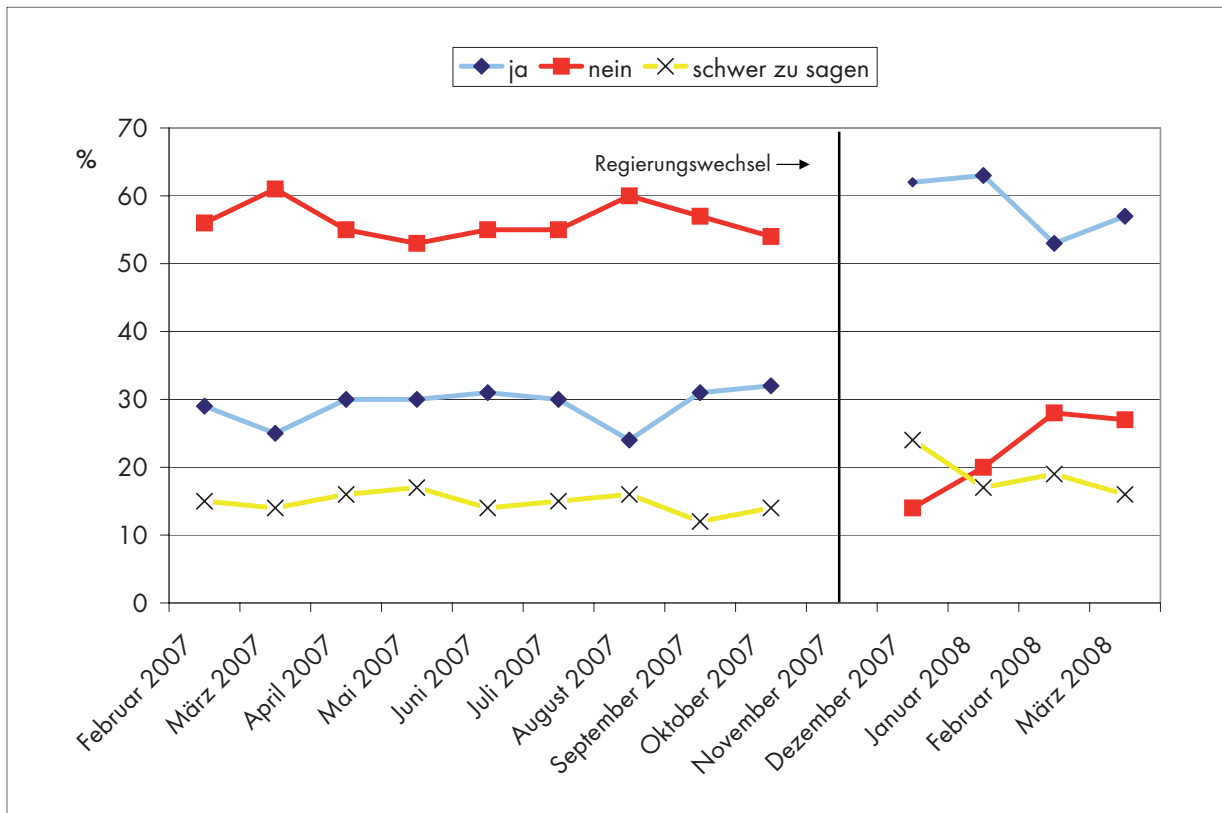
Wie beurteilen Sie die Ergebnisse der Regierung von Ministerpräsident Jarosław Kaczyński (bis Oktober 2007) und Ministerpräsident Donald Tusk (ab November 2007) seit der Amtsübernahme? (in %)



	März 2007	April 2007	Mai 2007	Juni 2007	Juli 2007	Aug. 2007	Sept. 2007	Okt. 2007	Dez. 2007	Jan. 2008	Feb. 2008	März 2008
gut	25	29	30	28	28	26	30	32	47	56	50	55
schlecht	61	58	54	57	58	60	58	57	10	14	28	25
schwer zu sagen	14	14	16	15	14	14	12	11	43	30	22	20

Quelle: CBOS, BS/49/2008: Stosunek do rządu w marcu. [Die Einstellung zur Regierung im März.], Warszawa, 03/2008, www.cbos.pl

Schafft die gegenwärtige Regierung Möglichkeiten, die wirtschaftliche Situation zu verbessern?\*( in %)

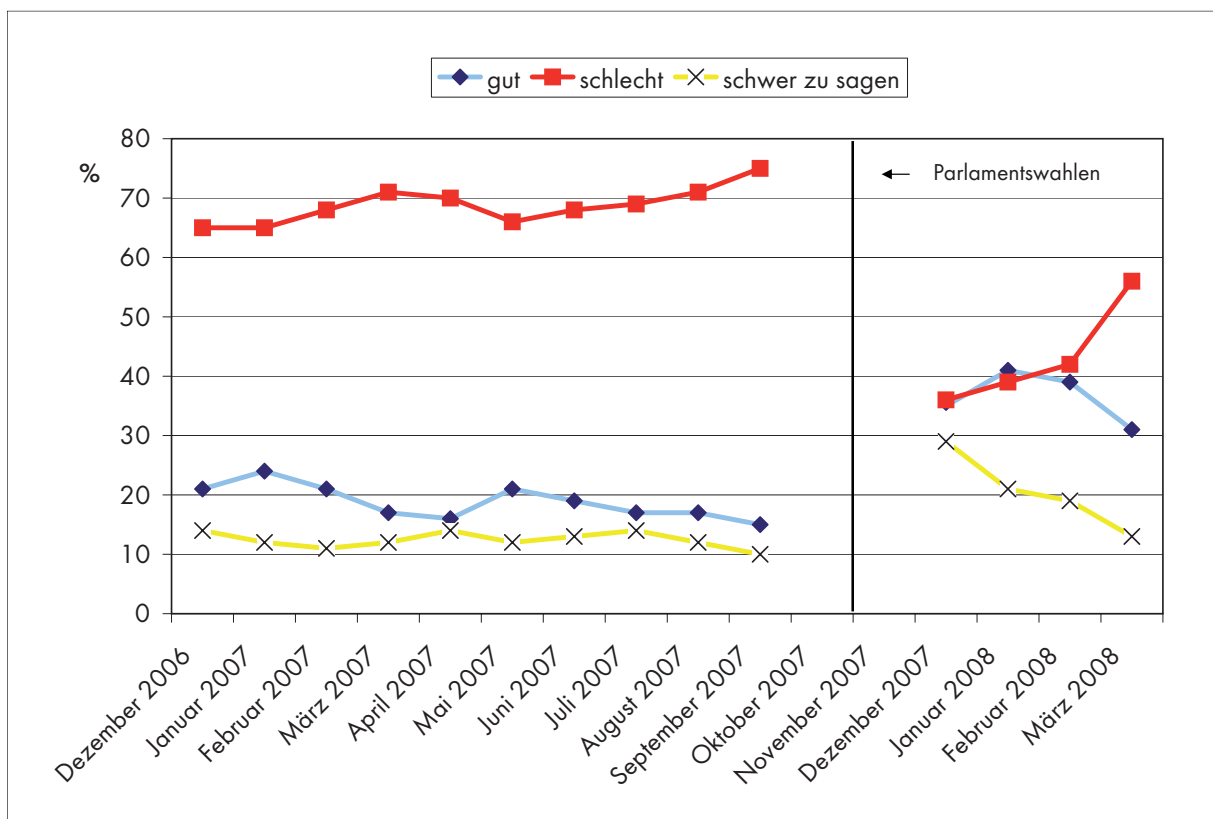


	Feb. 2007	März 2007	April 2007	Mai 2007	Juni 2007	Juli 2007	Aug. 2007	Sept. 2007	Okt. 2007	Dez. 2007	Jan. 2008	Feb. 2008	März 2008
ja	29	25	30	30	31	30	24	31	32	62	63	53	57
nein	56	61	55	53	55	55	60	57	54	14	20	28	27
schwer zu sagen	15	14	16	17	14	15	16	12	14	24	17	19	16

\* bis Oktober 2007 Regierung von Ministerpräsident Jarosław Kaczyński, ab Dezember Regierung von Ministerpräsident Donald Tusk

Quelle: CBOS, BS/49/2008: Stosunek do rządu w marcu. [Die Einstellung zur Regierung im März.], Warszawa, 03/2008, [www.cbos.pl](http://www.cbos.pl)

Wie beurteilen Sie die Tätigkeit des Sejms?\* (in %)

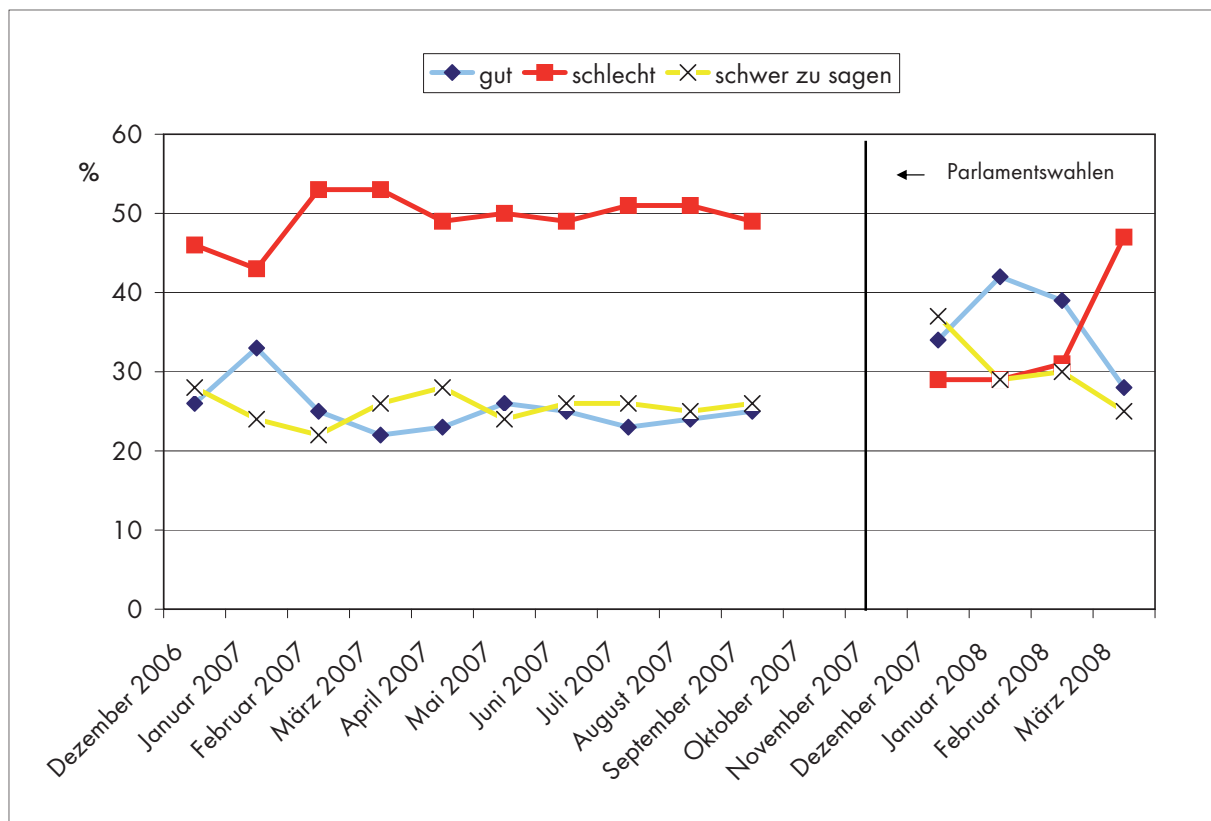


	Dez. 2006	Jan. 2007	Feb. 2007	März 2007	April 2007	Mai 2007	Juni 2007	Juli 2007	Aug. 2007	Sept. 2007	Dez. 2007	Jan. 2008	Feb. 2008	März 2008
gut	21	24	21	17	16	21	19	17	17	15	35	41	39	31
schlecht	65	65	68	71	70	66	68	69	71	75	36	39	42	56
schwer zu sagen	14	12	11	12	14	12	13	14	12	10	29	21	19	13

\*bis September 2007 betraf die Frage den Sejm der V. Kadenz

Quelle: CBOS, BS/47/2008: Oceny działalności parlamentu i prezydenta. [Beurteilungen der Tätigkeit des Parlaments und des Präsidenten.], Warszawa, 03/2008, [www.cbos.pl](http://www.cbos.pl)

Wie beurteilen Sie die Tätigkeit des Senat?\* (in %)



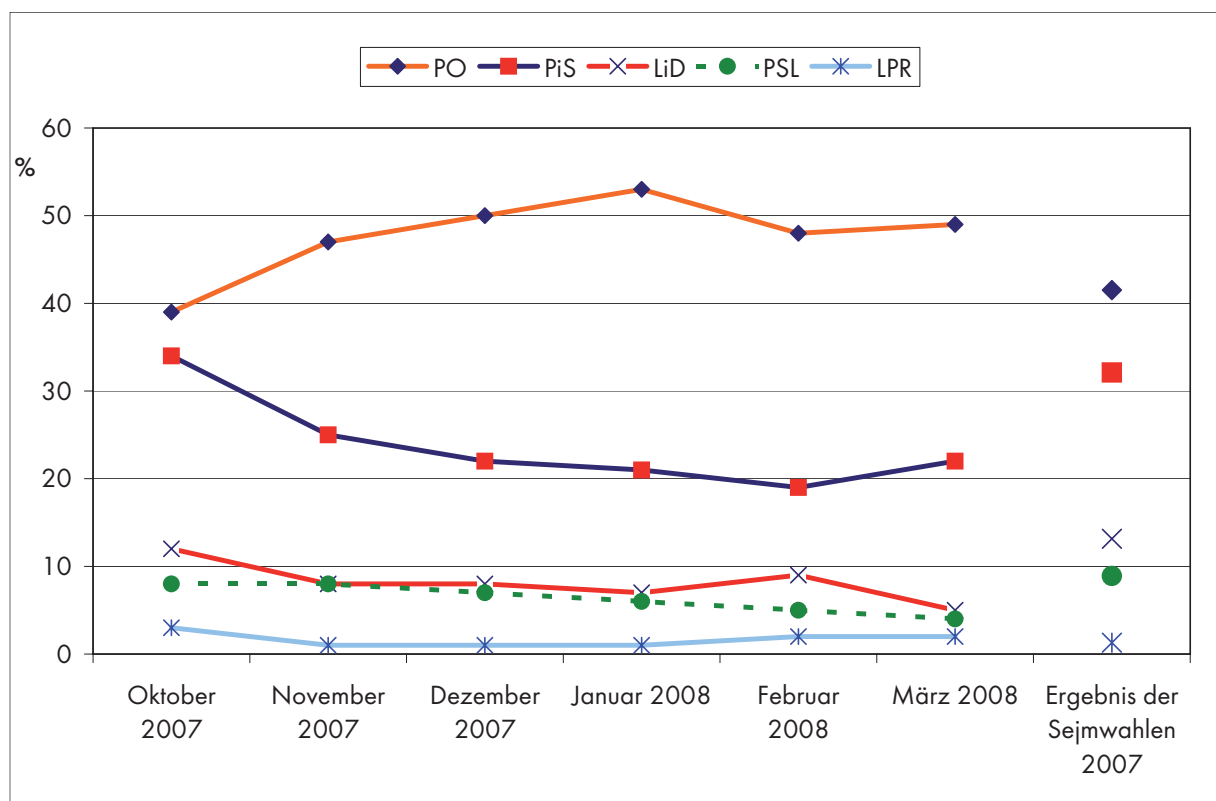
	Dez. 2006	Jan. 2007	Feb. 2007	März 2007	April 2007	Mai 2007	Juni 2007	Juli 2007	Aug. 2007	Sept. 2007	Dez. 2007	Jan. 2008	Feb. 2008	März 2008
gut	26	33	25	22	23	26	25	23	24	25	34	42	39	28
schlecht	46	43	53	53	49	50	49	51	51	49	29	29	31	47
schwer zu sagen	28	24	22	26	28	24	26	26	25	26	37	29	30	25

\*bis September 2007 betraf die Frage den Senat der VI. Kadenz

Quelle: CBOS, BS/47/2008: Oceny działalności parlamentu i prezydenta. [Beurteilungen der Tätigkeit des Parlaments und des Präsidenten.], Warszawa, 03/2008, [www.cbos.pl](http://www.cbos.pl)



Für welche Partei würden Sie stimmen, wenn nächsten Sonntag Sejmwahlen wären? (in %)



	10/07*	11/07	12/07	01/08	02/08	03/08	Ergebnis der Sejmwahlen 2007
PO	39	47	50	53	48	49	41,51
PiS	34	25	22	21	19	22	32,11
LiD	12	8	8	7	9	5	13,15
PSL	8	8	7	6	5	4	8,91
LPR	3	1	1	1	2	2	1,30
KPEiR	0	0	1	2	1	2	-
Partia Kobiet	2	0	1	1	1	2	0,28
Polska Partia Pracy	1	0	1	1	1	1	0,99
Porozumienie Lewicy	-	0	0	0	1	0	-
Samoobrona	2	1	2	1	1	0	1,54
andere	0	0	1	0	1	1	0,22
schwer zu sagen	-	9	7	7	11	13	-
N=	803	587	559	578	704	732	16.142.202

\*eine Woche vor den Sejmwahlen

Anm.: Es wurden die Antworten derjenigen ausgewertet, die angaben, zur Wahl zu gehen.

PO – Bürgerplattform

PiS – Recht und Gerechtigkeit

LiD – Parteienbündnis Linke und Demokraten

PSL – Polnische Bauernpartei

LPR – Liga der Polnischen Familien

KPEiR – Landespartei der Pensionäre und Rentner

Partia Kobiet – Frauenpartei

Polska Partia Pracy – Polnische Partei der Arbeit

Porozumienie Lewicy – Linksbündnis

Samoobrona – Selbstverteidigung

Quelle: CBOS, BS/45/2008: Preferencje partyjne w marcu. [Parteipräferenzen im März.], Warszawa 03/2008, www.cbos.pl

**Chronik**
**Vom 15. April bis zum 05. Mai 2008**

15.04.2008	Am Mahnmal des Warschauer Ghetto-Aufstands finden die Hauptfeierlichkeiten zum Gedenken an den Aufstand im Warschauer Ghetto 1943 in Anwesenheit von Staatspräsident Lech Kaczyński, dem israelischen Staatspräsidenten Schimon Peres und dem letzten Überlebenden des Aufstands, Marek Edelman, statt. Staatspräsident Kaczyński sagt, er verneige sich im Namen aller Polen vor den Helden des Ghettos. Staatspräsident Peres würdigt die Haltung des heutigen Polen; wäre Polen damals so frei gewesen wie heute, hätte es die Erniedrigung durch den Faschismus nicht erlitten.
16.04.2008	Der stellvertretende Finanzminister Stanisław Gomułka, verantwortlich für die Reform der öffentlichen Finanzen, tritt zurück.
17.04.2008	Der israelische Staatspräsident Schimon Peres, der anlässlich des Gedenkens an den Beginn des Aufstands im Warschauer Ghetto 1943 in Polen weilt, bezeichnet Polen in seiner Rede vor dem Sejm und dem Senat als einen der besten Freunde Israels und hebt positive Veränderungen in der Einstellung der Polen gegenüber Israel hervor. Insbesondere erwähnt er in diesem Zusammenhang den ehemaligen Staatspräsidenten Lech Wałęsa und den jetzigen Staatspräsidenten Lech Kaczyński.
18.04.2008	Als Grund für seinen Rücktritt vom Posten des stellvertretenden Finanzministers in dieser Woche nennt Stanisław Gomułka der Tageszeitung Dziennik fehlende politische Unterstützung für seine Reformvorhaben seitens des Ministerpräsidenten. Seine Aufgaben wurden von der stellvertretenden Finanzministerin Elżbieta Suchocka-Roguska übernommen.
21.04.2008	Während eines Arbeitsbesuchs in Berlin zeigt sich Sejm marschall Bronisław Komorowski erfreut, dass der Bundestag an der Idee festhält, an den Beitrag der Gewerkschaft Solidarność zum Zusammenbruch des kommunistischen Systems und zur Erlangung der Freiheit für Polen sowie an ihren positiven Einfluss auf die Wiedervereinigung Deutschlands und den Fall der Berliner Mauer zu erinnern. Bundestagspräsident Norbert Lammert widerspricht Medienberichten, dass es sich dabei um ein Denkmal handeln werde. Staatspräsident Lech Kaczyński hatte bei seinem ersten Deutschlandbesuch eine Gedenktafel angeregt. Des Weiteren solle, so Lammert, in Kreisau (Krzyżowa) an das historische Treffen zwischen Bundeskanzler Helmut Kohl und Ministerpräsident Tadeusz Mazowiecki im November 1989 erinnert werden.
21.04.2008	Abgeordnete der Bürgerplattform (Platforma Obywatelska – PO) und der CDU/CSU-Fraktion treffen sich in Berlin zu Gesprächen u.a. über die Energiesicherheit und die deutsch-polnische Zusammenarbeit im Rahmen der EU. Nach Einschätzung von PO-Fraktionschef Zbigniew Chlebowski hat sich gezeigt, dass Polen und Deutschland in diesen Fragen eine strategische Partnerschaft in der EU umsetzen können. Deutschland verstehe die von Polen kritisierte Ostseepipeline als kommerzielles Unternehmen und sei der Meinung, Polen solle seine Haltung revidieren und an diesem Projekt teilnehmen.
22.04.2008	Ministerpräsident Donald Tusk und Schatzminister Aleksander Grad stellen an der Warschauer Börse das Privatisierungsprogramm der Regierung vor, das die Privatisierung von mehr als 700 Betrieben vorsieht. Ziel sei es, die Wettbewerbsfähigkeit der Firmen zu erhöhen und die Wirtschaftskorruption sowie die Arroganz der Behörden einzuschränken. Es werde mit Einnahmen von ca. 8 Mrd. Euro gerechnet. Firmen mit Bedeutung für die Infrastruktur und Sicherheit sollen nicht privatisiert werden.
23.04.2008	Der Auswärtige Ausschuss des Senats ruft in einer außerplanmäßigen Sitzung die Regierung auf, ihre Tätigkeiten zur Unterstützung der territorialen Integrität Georgiens fortzusetzen. Hintergrund ist der Aufruf des russischen Präsidenten Wladimir Putin in der vergangenen Woche, Russland solle die Zusammenarbeit mit Abchasien und Südossetien verstärken. Nach Meinung des stellvertretenden Außenministers Andrzej Kremer will Russland die separatistischen Tendenzen in Georgien unterstützen und so den georgischen Annäherungsprozess an die NATO nach dem Gipfel in Bukarest blockieren.
24.04.2008	Außenminister Radosław Sikorski bekräftigt, dass Polen Verhandlungen über ein neues Partnerschafts- und Kooperationsabkommen zwischen der Europäischen Union und Russland zustimmt, da Russland das Embargo gegen polnische Agrarprodukte aufgehoben habe und die EU-Kommission versichert habe, die Energiesicherheit aller EU-Mitgliedsländer bei den Verhandlungen zu gewährleisten.
25.04.2008	Die Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ) meldet, Bundeskanzlerin Angela Merkel und Arbeitsminister Olaf Scholz seien sich einig, den deutschen Arbeitsmarkt für Bürger aus den 2004 beigetretenen EU-Staaten Ostmitteleuropas, darunter auch aus Polen, erst 2011 vollständig zu öffnen.

28.04.2008	Der Vorsitzende des Auswärtigen Ausschusses des Europäischen Parlaments, Jacek Saryusz-Wolski (Bürgerplattform, Platforma Obywatelska – PO), erklärt, Polen werde sich in der Europäischen Union bemühen, eine Vielzahl von Bündnissen mit verschiedenen Partnern aufzubauen, um seine Anliegen zu forcieren.
28.04.2008	Laut Frühjahrsprognose der Europäischen Kommission für die Wirtschaft fällt das Defizit im Bereich der öffentlichen Ausgaben in Polen nach den Kriterien von Maastricht unter 3 %.
29.04.2008	Ministerpräsident Donald Tusk beurteilt die Novelle zum sog. Kompetenzgesetz, die die Fraktion von Recht und Gerechtigkeit (Prawo i Sprawiedliwość – PiS) am Vortag vorgestellt hatte, als verfassungswidrig, da die polnische Außenpolitik nach diesem Entwurf in wesentlichen europäischen Angelegenheiten durch innerpolnische Abstimmungsverfahren blockiert würde. Das »Kompetenzgesetz« regelt die Beziehungen der Regierung, des Sejm, des Senat und des Präsidenten zu den Institutionen der Europäischen Union. Auf seine Überarbeitung hatten sich Ministerpräsident Donald Tusk und Staatspräsident Lech Kaczyński vor der Ratifizierung des EU-Vertrags von Lissabon durch das Parlament geeinigt. Ministerpräsident Donald Tusk spricht sich dafür aus, dass die Gesetzesnovelle vom Sejmpräsidium vorbereitet wird.
29.04.2008	Der Chef des Büros für Nationale Sicherheit (Biuro Bezpieczeństwa Narodowego), Władysław Stasiak, bestätigt, dass Staatspräsident Lech Kaczyński nur drei von 15 Kandidaten, die Verteidigungsminister Bogdan Klich für die Ernennung zu Generälen vorgeschlagen hatte, akzeptiert hat. Die Ernennung ist für den Nationalfeiertag am 3. Mai (Tag der Verfassung) vorgesehen. Der Staatspräsident begründet seine Entscheidung mit einer ausreichenden Anzahl von Generälen in der polnischen Armee.
30.04.2008	Bei einem Treffen einigen sich Staatspräsident Lech Kaczyński und Verteidigungsminister Bogdan Klich darauf, gemeinsam über die Anzahl der Generäle in der polnischen Armee zu entscheiden. Hintergrund ist die Ablehnung von zwölf Kandidaten, die Klich vorgeschlagen hatte, durch den Staatspräsidenten. Beide bekräftigen, es gebe keinen Konflikt zwischen ihnen.
01.05.2008	Am »Marsch der Lebenden«, der jährlich auf dem Gelände des ehemaligen Vernichtungslagers Auschwitz-Birkenau stattfindet, nehmen ungefähr 8.000 Personen teil, darunter ehemalige Häftlinge, jüdische Jugendliche aus verschiedenen Ländern sowie polnische Jugendliche.
02.05.2008	In einer Fernsehansprache hebt Ministerpräsident Donald Tusk das Engagement seiner Regierung insbesondere für zwei Generationen hervor. Das Regierungsprogramm »50 +« solle die Erwerbstätigkeit der über 50-Jährigen fördern. Die Jugend solle die gleichen Entwicklungschancen haben wie ihre Altersgenossen in den am stärksten entwickelten Ländern Europas. Neben der Umsetzung des Rechts auf eine warme Mahlzeit kündigt Tusk u.a. ein Programm zur Bekämpfung von Gewalt gegen Kinder an sowie ein Programm mit dem Ziel, jedem Kind den Zugang zu Computer und Internet zu ermöglichen.
03.05.2008	In seiner Rede zum Nationalfeiertag (Tag der Verfassung) hebt Staatspräsident Lech Kaczyński in Warschau die Bedeutung der Solidarität Polens mit den baltischen Nationen und den Ländern im Südosten Europas hervor.
05.05.2008	Ministerpräsident Donald Tusk strebt den Eintritt Polens in die Euro-Zone für das Jahr 2011 an. Jedoch sei dies nicht seine Entscheidung, erforderlich sei eine deutliche Mehrheit des Sejm und die Zustimmung des Staatspräsidenten.

## Über die Polen-Analysen

Die Polen-Analysen erscheinen zweimal monatlich als E-Mail-Dienst. Sie werden gemeinsam vom Deutschen Polen-Institut Darmstadt, der Bremer Forschungsstelle Osteuropa und der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde herausgegeben. Die Herausgeber danken der BSH Bosch und Siemens Hausgeräte GmbH München und dem Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft für ihre Unterstützung.

Ein Archiv der Polen-Analysen finden Sie im Internet unter [www.laender-analysen.de/polen](http://www.laender-analysen.de/polen)

Für ein kostenloses Abonnement senden Sie eine E-Mail mit dem Stichwort PolenAnalysen in der Betreffzeile an [polen-analysen@dpi-da.de](mailto:polen-analysen@dpi-da.de)

### Deutsches Polen-Institut Darmstadt

Das Deutsche Polen-Institut Darmstadt (DPI) ist ein Forschungs-, Informations-, und Veranstaltungszentrum für polnische Kultur, Geschichte, Politik, Gesellschaft und die deutsch-polnischen Beziehungen, die sich im Kontext der europäischen Integration entwickeln. Das seit März 1980 aktive und bis 1997 von Gründungsdirektor Karl Dedecius geleitete Institut ist eine Gemeinschaftsgründung der Stadt Darmstadt, der Länder Hessen und Rheinland-Pfalz sowie des Bundes. Seit 1987 ist die Trägerschaft auf die Kultusministerkonferenz der Länder ausgedehnt. Einen wesentlichen Beitrag zur Verwirklichung der Institutsziele leisten private Stiftungen. Das DPI hat satzungsgemäß die Aufgabe, durch seine Arbeit zur Vertiefung der gegenseitigen Kenntnisse des kulturellen, geistigen und gesellschaftlichen Lebens von Polen und Deutschen beizutragen.

Ziel der Vermittlertätigkeit des DPI ist es, »die zu interessieren, auf die es politisch, wirtschaftlich, gesellschaftlich und kulturell im deutsch-polnischen Verhältnis ankommt« (Leitlinien 1997). Es geht um die Entscheider und Multiplikatoren in Politik, Kultur, Bildung, Verwaltung, Medien und Wirtschaft und, wesentlich stärker ausgeprägt als bisher, um das Hineinwirken in Wissenschaft, Forschung und Bildung.

Derzeit bemüht sich das DPI in Kooperation mit den verstreuten Orten wissenschaftlicher Polen-Kompetenz an deutschen Hochschulen und Forschungsinstituten verstärkt darum, ausgehend von einer Bestandsaufnahme deutscher Polen-Forschung Ort wissenschaftlicher Forschung und verbindendes, vernetzendes und kooperierendes Zentrum zu werden. Ausgangspunkt der Neuausrichtung ist die kaum mehr kontrollierbare Dynamik des Rückbaus der Ressourcen der wissenschaftlichen Polen-Kompetenz in den unterschiedlichen Disziplinen. Mit der über 50.000 Bände zählenden multidisziplinären Fachbibliothek für Polen mit einer einzigartigen Sammlung polnischer Literatur in der Originalsprache und in deutscher Übersetzung ist das DPI bereits ein geschätzter Ort der Recherche und des wissenschaftlichen Arbeitens. ([www.deutsches-polen-institut.de](http://www.deutsches-polen-institut.de))

### Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen

1982 gegründet, widmet sich die Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen unter der Leitung von Prof. Dr. Eichwede kulturellen und gesellschaftlichen Entwicklungen der Länder Ost- und Ostmitteleuropas in Zeitgeschichte und Gegenwart. Die Forschungsstelle besitzt in ihrem Archiv eine einzigartige Sammlung alternativer Kulturgüter und unabhängiger Texte aus den ehemaligen sozialistischen Ländern. Darunter befindet sich auch eine umfangreiche Sammlung des »Zweiten Umlaufs«, die das Schrifttum und Dokumente unabhängiger Initiativen und gesellschaftlicher Gruppen in Polen aus der Zeit von 1976 bis zum Umbruch umfasst. Neben ausführlicher individueller Forschung zu Dissens und Gesellschaft im Sozialismus, leitet die Forschungsstelle seit Januar 2007 ein gemeinsames Projekt mit einem Verbund von internationalen Forschungsinstituten zum Thema »Das andere Osteuropa – die 1960er bis 1980er Jahre, Dissens in Politik und Gesellschaft, Alternativen in der Kultur. Beiträge zu einer vergleichenden Zeitgeschichte«, welches von der VolkswagenStiftung finanziert wird.

Im Bereich der post-sozialistischen Gesellschaften sind in den letzten Jahren umfangreiche Forschungsprojekte durchgeführt worden, deren Schwerpunkte auf politischen Entscheidungsprozessen, Wirtschaftskultur und der EU-Osterweiterung lagen. Eine der Hauptaufgaben der Forschungsstelle ist die Information der interessierten Öffentlichkeit. Dazu gehören unter anderem regelmäßige E-Mail-Informationsdienste mit fast 15.000 Abonnenten in Politik, Wirtschaft und den Medien.

Mit ihrer in Deutschland einzigartigen Sammlung von Publikationen zu Osteuropa ist die Forschungsstelle eine Anlaufstelle sowohl für Wissenschaftler als auch für die interessierte Öffentlichkeit. In der Bibliothek sind derzeit neben anderen breit angelegten Beständen allein aus Polen ca. 300 laufende Periodika zugänglich. Die Bestände werden in Datenbanken systematisch erfasst. ([www.forschungsstelle.uni-bremen.de](http://www.forschungsstelle.uni-bremen.de))

Die Meinungen, die in den Polen-Analysen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.

Abdruck und sonstige publizistische Nutzung sind nach Rücksprache mit der Redaktion gestattet.

Redaktion: Prof. Dr. Dieter Bingen (Darmstadt), Dr. Stefan Garsztecki (Bremen), Silke Plate, M.A. (Bremen)

Technische Gestaltung: Matthias Neumann

Polen-Analysen-Layout: Cengiz Kibaroglu, Matthias Neumann

ISSN 1863-9712 © 2008 by Deutsches Polen-Institut Darmstadt und Forschungsstelle Osteuropa, Bremen

Kontakt: Dr. Andrzej Kaluza, Presse- und Öffentlichkeitsarbeit, Deutsches Polen-Institut, Mathildenhöhweg 2,

D-64287 Darmstadt, Tel.: 06151/4985-13, Fax: 06151/4985-10, E-Mail: [polen-analysen@dpi-da.de](mailto:polen-analysen@dpi-da.de), Internet: [www.laender-analysen.de/polen](http://www.laender-analysen.de/polen)